

Protokoll

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten am Montag, dem 5. März 2018, 18.00 Uhr, im Rathaus, Sitzungszimmer 503, 5. OG, Marktplatz 13, 30880 Laatzen.

Anwesend:

Ratsfrauen und Ratsherren

Jessberger, Peter
McCallin, Katharina
Dreyer, Christoph
Herrmann, Petra
Hoppe, Thomas
Kaußen, Jessica
Münkner, Tobias
Nebot Pomar, Ernesto
Stuckenberg, Bernd

von der Verwaltung

Zeilinger, Stefan (Stadtrat)
Berkmann, Lars (zu TOP 4)
Oldeweme, Ludger (zu TOP 13)
Schrader, Thomas,
zugleich für das Protokoll

Vertreter der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe mit Stimmrecht gemäß § 71, Abs. 1, Satz 2 SGB VIII in Verbindung mit § 4 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Laatzen

Burbulla, Martina
Melletat, Linus
Rauch, Hans-Joachim
Schulz, Ottokar
Straeck, Burkhardt

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 71, Abs. 5 SGB VIII in Verbindung mit § 4, Abs. 1 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfe-gesetz und § 5 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Laatzen

Bode-Pletsch, Marion
Gleixner, Kristina
Grote, Petra
Meis, Winfried
Schmidt, Jennifer
Soßdorf, Martina

Stadtkindertagesstättenbeirat
Stadtjugendpflegerin
Lehrerin
Kath. Kirche
Jugendbeirat
Ev. Kirche

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen

3. Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung am 28.11.2017
4. Konfrontatives Ressourcen- und Sozialkompetenztraining
5. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
- 5.1. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -
- Stellungnahme der Verwaltung -
- 5.2. Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -
6. Vereinbarung zur Datenerhebung und Berechnung des Jugendhilfe-
kostenausgleichs gemäß § 160 Abs. 4 Satz 5 des Niedersächsischen
Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)
7. Kinder- und Jugendhilfeplanung
- Hortbedarfsplan für den Zeitraum der Betreuungsjahre 2017/18 bis 2022/23 -
8. Produktergebnis 2016
9. Zukünftige Ausrichtung der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit
- Planungsschritte 2018 -
10. Schulabsentismus/Schulpflichtüberwachung
11. Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten
- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen
- 11.1. Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten
- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen
- Stellungnahme der Verwaltung
12. Öffnung für andere Möglichkeiten der vorschulischen Sprachförderung
- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen
- 12.1. Öffnung für andere Möglichkeiten der vorschulischen Sprachförderung
- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen
- Stellungnahme der Verwaltung
13. Bericht aus dem Jugendbeirat
14. Bericht aus dem Stadtkindertagesstättenbeirat
15. Mitteilungen des Bürgermeisters
16. Anregungen und Wünsche

Öffentlicher Teil

zu Punkt 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Einwohnerinnen und Einwohner werden darauf hingewiesen, dass sie im Rahmen einer Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde berechtigt sind, Fragen an den Ausschuss und an den Bürgermeister zu Beratungsgegenständen, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind, zu stellen und dass sie zu Beginn des jeweiligen Tagesordnungspunktes Gelegenheit haben, Fragen zum jeweiligen Beratungsgegenstand zu stellen.

Herr Zeilinger weist Frau Schmidt und Herrn Kaske vom Jugendbeirat auf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten und die ihnen nach den §§ 40 bis 42 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) obliegenden Pflichten hin. Beide erhalten einen entsprechenden Auszug aus dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz.

Die Tagesordnung wird unter Punkt 5.2 um die Drucksache 2018/014/2 erweitert und in dieser Fassung einstimmig beschlossen.

zu Punkt 2:

Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen

Hierzu gibt es keine Wortbeiträge.

zu Punkt 3:

Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung am 28.11.2017

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung bei drei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 4:

Konfrontatives Ressourcen- und Sozialkompetenztraining

Der städtische Mitarbeiter Lars Berkmann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Ziele, Inhalte und den Ablauf des von ihm in allen siebten Jahrgängen des Haupt- und Realschulzweiges durchgeführten Sozialkompetenztrainings vor und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Tagesordnungspunkte 5, 5.1. und 5.2 werden gemeinsam beraten.

zu Punkt 5:

2018/014

**Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -**

Antrag:

Alle neuen Kindertagesstätten, die in den Jahren 2018 bis 2021 in Laatzen neu eröffnet werden, sollen jeweils in einem Ausschreibungsverfahren an freie Träger vergeben werden.

Zunächst erläutert Herr Dreyer den Antrag der CDU/FDP-Ratsgruppe. Mit Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung (Dr.-Nr.: 2018/014/1) verteilt Herr Dreyer anschließend einen modifizierten Änderungsvorschlag zur Ursprungsdrucksache.

Antrag:

1. Alle neuen Kindertagesstätten, die in den Jahren 2018 bis 2021 in Laatzen neu eröffnet werden, sollen vorrangig in einem Interessenbekundungsverfahren freien Trägern zum Betrieb angeboten werden.
2. Ausnahmen von dieser Regelung sollen dort möglich sein, wo sich bereits im Umfeld Kindertagesstätten in freier Trägerschaft befinden.

Ziel sei eine größtmögliche Angebotsvielfalt. Mit dem Punkt 2 solle insbesondere dem Argument für eine Auffanglösung zur Weiterbeschäftigung der städt. Mitarbeiter Rechnung getragen werden.

Frau Herrmann erklärt, dass die Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe eine eigene Position entwickelt hat und verweist auf den entsprechenden Antrag (Dr.-Nr.: 2018/014/2). Vor der Frage der Trägerschaft sollte zunächst das Profil der neuen Einrichtungen geklärt werden. Danach wäre ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Ziel müsse die Schaffung größtmöglicher Wahlmöglichkeiten für die Eltern sein.

Herr Schulz formuliert die aus Sicht der Vertreter der freien Träger im Jugendhilfeausschuss bestimmenden Eckpunkte: Vorrang für freie Träger, Ablehnung privater Träger, Profilbildung und das Wahlrecht der Eltern. Diese Parameter ergäben in Ihrer Summe den anzustrebenden Mix.

Auch Frau Herrmann spricht sich für eine Angebotsvielfalt aus, schränkt aber ein, dass für ihre Gruppe ein Vorrang freier Träger so nicht akzeptabel sei.

Frau Soßdorf merkt an, dass aus ihrer Sicht die Profilbildung an erster Stelle stehen sollte und erst danach die Frage der Trägerschaft.

Mit Blick auf den unter Punkt 5.2 zur Abstimmung stehenden, modifizierten Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe (Dr.-Nr.: 2018/014/2) verständigt man sich darauf, die Drucksache 2018/014 bis zur nächsten Ausschusssitzung zurückzustellen.

zu Punkt 5.1:

2018/014/1

Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen

- Antrag der Gruppe CDU/FDP im Rat -

- Stellungnahme der Verwaltung -

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 5.2:

2018/014/2

Vergabe der Trägerschaft für neue Kindertagesstätten in Laatzen

- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Scheibe im Rat -

Antrag:

1. Über die Trägerschaften für die nächsten anstehenden Eröffnungen von Kindertagesstätten wird möglichst bald in einem gemeinsamen Verfahren entschieden.
2. Dabei gilt der Grundsatz, dass die neuen Kindertagesstätten entweder in städtischer Trägerschaft oder in Trägerschaft freier Träger der Jugendhilfe betrieben werden. Die Übernahme der Trägerschaft durch private Unternehmen wird abgelehnt.
3. Die Entscheidung über die Trägerschaften sollten den folgenden beiden inhaltlichen Grundsätzen folgen:
 - a) die Möglichkeit für die Eltern, wohnortnah zwischen einer städtischen Einrichtung und der Einrichtung eines freien Trägers wählen zu können
 - b) klare inhaltliche Profilbildungen der Einrichtungen
4. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses einen Vorschlag zu erarbeiten, welche inhaltlichen Profile von Kindertagesstätten das bisherige Angebot in der Stadt am besten ergänzen
5. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für den Ablauf des Entscheidungsverfahrens einschließlich eines Zeitplans vorzulegen.

Frau Herrmann schlägt vor, zunächst über die Punkte 4. und 5. der Dr.-Nr.: 2018/014/2 abzustimmen und sich über die anderen Punkte in der nächsten Ausschusssitzung zu verständigen. Herr Dreyer signalisiert Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses einen Vorschlag zu erarbeiten, welche inhaltlichen Profile von Kindertagesstätten das bisherige Angebot in der Stadt am besten ergänzen.

Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für den Ablauf des Entscheidungsverfahrens einschließlich eines Zeitplans vorzulegen.

Beschluss: einstimmig

zu Punkt 6: **2018/061**
Vereinbarung zur Datenerhebung und Berechnung des Jugendhilfe-
kostenausgleichs gemäß § 160 Abs. 4 Satz 5 des Niedersächsischen
Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Region Hannover die Vereinbarung zur Datenerhebung und Berechnung des Jugendhilfekostenausgleichs für die in § 160 Abs. 4, S. 5 NKomVG aufgezählten Leistungen der Jugendhilfe (ohne Leistungen nach § 90 Abs. 3 SGB VIII) in der, der Drucksache beigefügten Fassung abzuschließen.

Beschluss: einstimmig

zu Punkt 7: **2018/025**
Kinder- und Jugendhilfeplanung
- Hortbedarfsplan für den Zeitraum der Betreuungsjahre
2017/18 bis 2022/23 -

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 8: **2018/040**
Produktergebnis 2016

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 9: **2018/066**
Zukünftige Ausrichtung der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit
- Planungsschritte 2018 -

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 10: **2018/067**
Schulabsentismus/Schulpflichtüberwachung

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 11:

2018/070

Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten

- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen

zu Punkt 11.1:

2018/070/1

Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten

- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen

- Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 12:

2018/071

Öffnung für andere Möglichkeiten der vorschulischen Sprachförderung

- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen

Herr Dreyer betont, dass sich die vorschulische Sprachförderung bewährt habe und in der bisherigen Qualität erhalten bleiben müsse.

Frau Burbulla weist darauf hin, dass die erforderlichen zusätzlichen Ressourcen in den Kindertagesstätten nicht vorhanden seien.

Frau Herrmann erklärt, dass es trotz der beim Land beantragten Bedarfszuweisung keine Abstriche bei der hohen Qualität geben dürfe.

zu Punkt 12.1:

2018/071/1

Öffnung für andere Möglichkeiten der vorschulischen Sprachförderung

- Anfrage der CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen

- Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

zu Punkt 13:

Bericht aus dem Jugendbeirat

Frau Schmidt berichtet über die aktuelle Zusammensetzung des Jugendbeirats, in dem derzeit rund 20 Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren mitwirken und gibt einen Überblick über Themen und Vorhaben, mit denen sich der Jugendbeirat aktuell befasst. U. a. geplant sind Besuche des Bundes- und des Landtags sowie die Durchführung einer Schools-Out-Party am Schuljahresende. Einbringen möchte sich der Jugendbeirat auch in die weiteren Planungen des Jugend-Sportparks am Abenteuer-spielplatz Würzburger Straße.

zu Punkt 14:

Bericht aus dem Stadtkindertagesstättenbeirat

Frau Bode-Pletsch berichtet über die wesentlichen Inhalte der letzten Beiratssitzung, insbesondere über eine Einführung in das Konzept der sog. vorurteilsbewussten Erziehung und Betreuung unter dem Titel „Kita International“.

zu Punkt 15:

Mitteilungen des Bürgermeisters

Die Verwaltung weist auf die ursprünglich aus der Mitte des Ausschusses angeregte Vortragsveranstaltung zum Thema „Chancen und Herausforderungen guter Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter“ am 6. März hin.

zu Punkt 16:

Anregungen und Wünsche

Zur Zukunft des Abenteuerspielplatzes bittet Frau Herrmann um einen Sachstandsbericht in der nächsten Ausschusssitzung.

Da es keine weiteren Wünsche und Anregungen gibt, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils: 19:35 Uhr

Jessberger,
Ausschussvorsitzender

Zeilinger,
Stadtrat

Schrader
Protokollführer